

## Anfrage

### Martin Tschopp

#### betreffend Gewaltprävention mittels Polizeipräsenz im Raum Bahnhof Freiburg

Es ist nichts Neues, dass der Raum um den Bahnhof Freiburg an Wochenenden zu einer Unsicherheitszone für Bürgerinnen und Bürger geworden ist. Dies zeigen die regelmässigen und brutalen Vorfälle in den letzten Jahren auf deutliche Art und Weise. Dabei werden Jugendliche, die ihren Ausgang geniessen wollen, ohne jegliche Vorwarnung oder Dazutun von Banden angegriffen, verletzt und seit letztem Wochenende auch dabei gefilmt, was man in der Fachsprache als „happy slapping“ bezeichnet.

Insbesondere auch ist die Umgebung der Bar „XX“ bei der Post immer wieder Schauplatz solcher Vorfälle. Hier sind des öfters auch die Sicherheitsleute des Lokals gewalttätig geworden wie dies beispielsweise unserem Sohn widerfahren ist.

Anzeigen auf solche Vorfälle bei der Polizei – ob herbeigerufene Polizeistreife oder auf dem Posten im Bahnhof – enden in der Regel mit der Beschwichtigung (Ohnmacht), „wir können nichts tun“ und enden mit der Aufnahme der Personalien. Eine solche Scheinsicherheit genügt für die Bürgerinnen und Bürger bei weitem nicht mehr, wie das jüngste Beispiel am vergangenen Freitagabend gezeigt hat, als zwei Jugendliche von einer Bande an zwei verschiedenen Orten (vor dem XX und anschliessend auf der Toilette des Bahnhofs Freiburg) auf das übelste traktiert wurden. Die beiden oben zitierten Fälle sind keine Einzelfälle, sondern Alltag an Wochenenden.

Im Raum Bahnhof Freiburg braucht es am Abend und während der Nacht keine hin und wieder vorbeifahrende Polizeistreife, sondern es braucht eine permanente Präsenz (sichtbar oder allenfalls in Zivil), d. h. das Aufgebot der Polizei muss an diesem neuralgischen Punkt – es gibt noch zusätzliche solcher Orte in Freiburg, die der Polizei besser bekannt sind, als mir, der sie nur vom Hören her kennt – dauernd präsent sein. Die von vielen zitierte bürgernahe Polizei kann auf diese Art und Weise die Wirkung entfalten, die von ihr verlangt wird, nämlich den präventiven Charakter.

Falls die heute vorhandenen Ressourcen für eine solche Präsenz fehlen, müssen diese mittels einer zusätzlichen Aufstockung des Personals aufgefangen werden, auch wenn es eine neuerliche Aufstockung der Polizeikräfte braucht. Es kann hingegen nicht sein, dass Polizistinnen und Polizisten bei einer Verstärkung der Präsenz an Wochenenden wieder hunderte von Überstunden leisten. Auf das wäre in jedem Fall zu achten. Im Bereich Sicherheit darf nicht gespart werden, denn in anderen Teilen unseres Kantons, insbesondere in grösseren Orten haben wir ähnliche Probleme.

Ich gelange deshalb mit folgenden Fragen an den Staatsrat:

- Hat der Staatsrat Kenntnis über die seit Jahren dauernden Gewaltpotenziale im Bereich des Bahnhofs Freiburg und damit verbunden die Ohnmacht der Beamtinnen und Beamten bei entsprechenden Anzeigen?
- 
- Ist der Staatsrat bereit, die Polizeipräsenz im Raume Bahnhof Freiburg und der Bar XX zu verstärken, d.h. permanente Patrouillen vor Ort zirkulieren zu lassen (allenfalls in Zivil) oder sogar zu platzieren?
- Ist der Staatsrat der Ansicht, dass eine permanente Präsenz oder eine zeitlich eng patrouillierende Polizeistreife präventiven Charakter haben könnte?
- Gibt es noch andere Orte in der Stadt Freiburg und an anderen Orten des Kantons, an denen Gewalttätigkeiten markant höher sind als anderswo?
- Wie viel zusätzliches Personal müsste dabei bereit gestellt werden, ohne dass das bestehende Personal wieder über Massen belastet wird (Überstunden)?

- Ist der Staatsrat bereit, sollte zusätzliches Personal rekrutiert werden müssen, diese Stellen bereits auf das kommende Jahr dem Grossen Rat zu beantragen (evtl. auch mit einem Nachtragskredit), um die Sicherheit unserer Bevölkerung dadurch zu erhöhen?
- Falls die von mir vorgeschlagenen Massnahmen nicht in Frage kommen, was denkt der Staatsrat sonst zu tun?

Sicherheit ist ein Menschenrecht und jede und jeder hat Anspruch auf Sicherheit. Der Staat soll die Sicherheit durch eine kantonale, bürgernahe Polizei noch vermehrt und gezielter stärken. Parallel dazu braucht es vermehrt Präventionspolitik, welche eng mit den Sozialdiensten zusammenarbeitet.

Ich danke dem Staatsrat für die Beantwortung meiner Fragen.

Schmitten, 27. Oktober 2006

Martin Tschopp, Grossrat

Dateiname: Polizeipräsenz und Prävention  
Verzeichnis: C:\Users\Tibeter\Documents\Martin\Grossrat\Grossrat  
Vorlage: C:\Users\Tibeter\AppData\Roaming\Microsoft\Templates\Norm  
al.dotm  
Titel: Postulat  
Thema:  
Autor: Martin Tschopp  
Stichwörter:  
Kommentar:  
Erstelldatum: 27.10.2006 14:59:00  
Änderung Nummer: 15  
Letztes Speicherdatum: 27.10.2006 18:32:00  
Zuletzt gespeichert von: Tschopp Martin  
Letztes Druckdatum: 05.06.2011 15:57:00  
Nach letztem vollständigen Druck  
Anzahl Seiten: 2  
Anzahl Wörter: 589 (ca.)  
Anzahl Zeichen: 3'716 (ca.)